

Bezugspreis:
Vierteljährlich
für Bad Gmünd 3 M.
Bei den Voranstellungen
(einschl. Postgebühren)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Bad Gmünd.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

Preise der Anzeigen:
Die einseitige Anzeigelle
über deren Raum 25 Pf.
Kleinanzeige 75 Pf.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Gmünd, Adm. Nr. 96.
Fernsprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Ränge, Bad Gmünd.

verbunden mit dem „**Ämtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 29

Bad Gmünd, Dienstag den 4. Februar 1919.

71. Jahrgang.

Gefellur-Machrichten.

Frankreich reorganisiert seine schwarze Armee.

Paris, 2. Febr. Das Journal gibt bekannt, daß die schwarzen Truppen, deren Unwesenheit in Frankreich nicht mehr nötig ist, sehr bald in 10 Regimenter gruppiert (3 Divisionen) und nach Afrika zurückgeschickt werden. Die erste Division wird in Marokko, die zweite in Algerien stationiert, von der dritten eine Brigade in Tunesien, wo sich der Organisationsmittelpunkt befindet, und eine Brigade in Westafrika. Die senegalesischen Regimenter werden ebenso organisiert wie die Infanterie-Regimenter, mit einem Oberst und einem Oberleutnant an der Spitze. Auf diese Weise wird ein Teil des von General Mangin vor 1914 ausgearbeiteten Projekts verwirklicht. Der Krieg hat bewiesen, daß der große Chef die Tapferkeit und militärischen Fähigkeiten der senegalesischen und mittelafrikanischen Negerrassen richtig einschätzte.

Postflugdienst zwischen Paris und Lille.

Paris, 2. Febr. Die über das Flugpersonal und Material verfügende Zentralverwaltung hat am Samstag die Einrichtung eines Postflugdienstes zwischen Paris und Lille und zurück beschloßen. Zwei Linien bestehen also gegenwärtig: Paris-Brüssel und zurück (für die amtliche Korrespondenz) und Paris-Lille und zurück. Es ist möglich, daß auch der Postflugdienst Paris-Le Mans-St. Nazaire und zurück bald eingerichtet wird.

Erklärungen des Prinzregenten von Serbien.

Paris, 3. Febr. Der Prinzregent von Serbien erklärte folgendes: Ich bin gekommen, um den lebhaften Wunsch meines Volkes, um mich mit den Vertretern unserer Bundesgenossen in Verbindung zu setzen in dem Augenblick, da sie über die großen Friedensprobleme verhandeln, die notwendigerweise die Lebensinteressen meines Volkes betreffen. Ich bin glücklich, bei dieser Gelegenheit der Vermittler der Gefühle der großen Freundschaft zu sein, die mein Volk für Frankreich empfindet.

Die Lage in Rumänien.

Bukarest, 3. Febr. Die Verbindungen zwischen Bukarest und Paris werden nach und nach besser, einerseits über Budapest, Wien und die Schweiz, andererseits über Belgrad, Triest und Italien. Die zuletzt angekommenen Reisenden bestätigen den mehr und mehr beunruhigenden Mangel an Lebensmitteln, an Kleidung und Heizmaterial. Der englische Gesandte in Bukarest verläßt seinen Posten. Der französische Gesandte, de St. Aulaire, ist nach Paris abgereist.

Baldiger Friede?

RTB. Rotterdam, 3. Febr. Dem Algemeinen Rotterdamschen Courant zufolge schreibt der Korrespondent des Manchester Guardian, es besteht Grund zu der Annahme, daß die Alliierten mit größerer Eile auf den Abschluß eines vorläufigen Friedens mit Deutschland hinarbeiten und bereit seien, viel weiter zu gehen, als bisher angenommen wurde. Er verneht aus guter Quelle, daß jetzt gehofft werde, daß der vorläufige Friedensvertrag innerhalb 6 Wochen unterzeichnet werden würde.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Arbeit und nochmals Arbeit!

RTB. Berlin, 3. Febr. Wie die Waffentechnik-Kommission berichtet, ließ das Oberkommando der Alliierten am 31. Januar in Spa eine Note überreichen, in der im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung Deutschlands verschiedene Angaben finanzieller Art von der deutschen Regierung verlangt werden. So soll der Kassenbestand der deutschen Reichsbank und ihre Verbindlichkeiten an Auslandsbank und Wertpapieren angegeben werden, die von neutralen Plätzen lombardiert werden können. Ebenso werden Angaben gefordert, aus denen hervorgeht, in welcher Höhe sich Werte neutraler Staaten im Besitz der deutschen Banken, sonstiger Institute und von Privatpersonen befinden. Ferner soll berichtet werden, welche wesentlichen Nachrichten die gegenwärtige deutsche Regierung hat, um den Besitz deutscher Staatsangehöriger an Depositionen, Wertpapieren und anderen Werten in Deutschland und den neutralen Ländern zu requirieren. Daraus anschließend soll eine Aufstellung der Vorräte aller Art gegeben werden, die in Deutschland für die sofortige Ausführung vorrätig sind. Die Billigung der alliierten Regierungen berechtigt. Die Note betont, daß alle technischen Aufstellungen über diese Punkte möglichst schnell mitgeteilt werden müssen, damit die alliierten Regierungen und Vereinigten Staaten dem deutschen Ersuchen um Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen nachkommen können. Es ist das erste Mal, daß die Alliierten in einem offiziellen Schriftstück von der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen sowie von der deutschen Ausfuhr sprechen. Mit anderen Worten, es gewinnt den Anschein, als ob der Verband dem Gedanken

der Aufhebung der Blockade allmählich doch näherzutreten zu müssen glaubt. Die Note betont aber zugleich, daß der Verband für Werte, die er uns liefern will, unbedingte Sicherheit verlangt, d. h. er will die Zahlung nicht in Reichsmark, sondern in Werten, die wir nur durch Arbeit erzeugen können. Was wir brauchen, ist also Arbeit und noch mehr Arbeit. Nur so bekommen wir Lebensmittel und Rohstoffe, nur dann ist an die Wiederaufnahme der deutschen Ausfuhr zu denken. Aber dauernde Streiks und Blockaden, die Ausfuhr der deutschen Schiffe zu verhindern, würden uns dem Hungertode entgegenführen.

Scheidemann über die A.-S.-Räte.

Berlin, 3. Febr. Scheidemann hat sich gegenüber dem Vertreter eines der größten amerikanischen Blätter u. a. wie folgt geäußert: „Wenn die Nationalversammlung sich über den Charakter des neuerschaffenden Volksheeres schlüssig gemacht hat, werden in diesem Volksheere einige Bestimmungen vorzusehen sein, die den Soldaten alle Rechte und Pflichten geben, auf die sie als Bürger des deutschen Reiches Anspruch erheben können. Die alten Soldatenräte, ein Überbleibsel des geschwundenen Heeres, sind dann vollkommen überflüssig geworden. Ihre Vereitigung wird auch schon aus wirtschaftlichen Gründen zur dringenden Notwendigkeit, denn diese angebliche Erziehung der Revolution, das Räte-System, kostet jeden Tag viele Hunderttausende. Jeder der zahllosen Räte, gleichviel ob es sich um einen A- oder um einen S-Rat handelt, besteht reichliche Tagelöhner. Allein der Rätekongress im Dezember hat über eine Viertelmillion Mark gekostet, und das in einer Zeit, wo Deutschland auf jeden Pfennig achten muß, den es ausgibt.“ „Wir wollen“, sagt Scheidemann noch, „den Mitgliedern der A- und S-Räte, die aus erster Ueberzeugung und nach besten Kräften bemüht gewesen sind, den Interessen der revolutionären Arbeiterschaft zu dienen, nicht zu nahe treten; aber gerade sie werden zugehen müssen, daß doch sehr viele fragwürdige Gestalten in den A- und S-Räten aufgekauft sind, von denen kein Mensch etwas kann, von denen sie gekommen sind, und wo sie ihre Talente, großen Umfang zu verleben, erworben haben. Es muß offen ausgesprochen werden, daß vielmehr die A- und S-Räte eine geradezu gemeingefährliche Wirksamkeit entfaltet haben. Darüber können alle Reichsämter, nicht zuletzt das Reichswehrministerium mit Recht anknüpfen. Nach der Uebergangszeit, die für uns mit dem Inkrafttreten der Nationalversammlung als beendet angesehen werden kann, werden die A- und S-Räte zu Vorbereitungen und sonstigen Hindernissen jeder ordentlichen Verwaltung.“

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

RTB. Rotterdam, 3. Febr. Dem Algemeinen Rotterdamschen Courant meldet der Korrespondent der Westminster Gazette aus Paris, er habe aus bester Quelle erfahren, daß Wilsons Plan für die Zukunft der deutschen Kolonien damit angenommen war, daß Großbritannien seine volle Zustimmung zu den fünf Punkten der 14 Punkte gab und sich ebenso in den meisten Fällen der Auffassung des Präsidenten Wilson anschloß. Der 3. der Wilsonschen Punkte lautet: „Eine freie, unabhängige und unbedingt unparteiliche Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer strikten Beobachtung des Grundsatzes ruht, daß bei der Entscheidung aller solcher Sonderinteressenfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerung ein gleiches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Reichweite bestimmt werden sollen.“

Angedachte Fragen der Schifferischen Kriegs-Heuerpläne.

Berlin, 29. Jan. Die Köln Volkszeitung schreibt: Wir leben uns zu der Zeitstellung genötigt, daß die Steuerpläne der Regierung in der vorgeschlagenen Form nach unserer Ansicht undurchführbar seien. Sämtliche Kriegsgegewinne sollen (bis auf 100.000 Mark) erfasst werden, wie der terminus technicus lautet, weggegriffen werden. Ob der Steuerfiskus diesen vom Standpunkt der Allgemeinheit durchaus berechtigten Grundgedanken aber auch heuertechnisch durchführt und vor allem gleichmäßig wird durchzuführen können, erscheint aber nach dem bisher bekannt gewordenen noch nicht zweifelhaft. Ein recht betrüblicher Teil der Kriegsgewinne ist sicherlich in das Ausland abgewandert. Das Weich gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland ist viel zu spät und in unglücklicher Zeit erlassen worden. Es steht ferner zu befürchten, daß die große Zahl der Kriegsgegewinner, die keine Handelsbücher zu führen verpflichtet sind, dem Steuerfiskus in mehr als einer Hinsicht ein Schnitzbuden schlagen werden.

Nicht unklar ist auch die Technik der Vermögensabgabe, soweit diese nicht in bar oder in Kriegsanleihe erfolgen kann. Der Gesetzgeber ist vorläufig an die Lösung dieser schwierigen Fragen noch gar nicht ernstlich herangetreten. Er hat sich nur in Gestalt des § 28 des Gesetzes über die außerordentliche Kriegsabgabe den Weg freigehalten. In diesem § 28 bleibt die Frage, inwieweit die Entziehung der Kriegsabgabe in anderer Weise als durch Veräußerung oder durch Vergabe von Kriegsanleihe usw. erfolgen kann, besonderer Regelung vorbehalten. Die Regierung hat halbamtlich andeuten lassen, sie werde unter

Veranziehung von Sachverständigen diese Frage „individuell“ behandeln. Wie denkt sich die Regierung das eigentlich? Will sie tatsächlich mit jedem Steuerzahler, der nicht in der Lage ist, die Kriegsabgabe in bar zu entrichten, einzeln verhandeln, so müßte sie einen Beamtenapparat in Szene setzen, der geradezu ungeheure Ausmaße annehmen und dementsprechend auch ungeheure Kosten erfordern müßte. Und wie denkt sich die Regierung auch die Uebernahme von sogenannten illiquiden Vermögenswerten? Die Kriegsgegewinner haben im allgemeinen große Summen in derartigen Vermögenswerten angelegt, in Möbeln, Bildern, Juwelen und dgl. m. Der Staat wird also große Summen von derartigen Luxusgegenständen übernehmen müssen. Jeweilen und dgl. m. wird er auf im Auslande vertrieben können. Aber wie denkt man sich die Verwertung von Bildern, Reitpferden und Möbeln?

Viele Kriegsgegewinner haben den größten Teil ihrer Vermögen in Aktien eingebracht. Es wird also dem Staat nichts übrig bleiben, als in solchen Fällen Mittelnhaber einer solchen Firma zu werden, und in der Tat hat man denn auch, daß sich die Regierung bereits mit der Frage beschäftigt, welche Rechtsform für die Veräußerung an solchen Privatfirmen gefunden werden soll. Auch hier werden sich aber doch manche Zweifelsfragen auf. Soll der Staat z. B. Mittelnhaber einer nicht gerade in sehr gutem Ruf stehenden Immobilienvermittlungsfirma oder eines Abzahlungsgeschäfts oder einer Wäsche- oder Wollwaren-Firma werden? Solche Fragen würden sich in ungeahnter Weise noch vermehren, wenn erst die große allgemeine Vermögensabgabe kommen wird. Welches Heer von Staatsangestellten für die Verwaltung all der dann dem Staate zuzählenden Vermögensobjekte notwendig werden würde, ist nicht zu übersehen. Jedenfalls bedürfen diese Fragen sorgfältiger Klärung, damit das Reich auch wirklich der finanziellen Gesundung zugeführt wird, die in der Tat nur mit großen Mitteln erreicht werden kann, aber auch möglichst einfach und billig in der Ausführung sein muß.

Die Lage im Ruhrrevier.

Bochum, 3. Febr. Der Streit auf den Zollvereins-Berlen und den Jochen Rhein-Elbe und Alma dauert fort. Die Verwaltung der Jochen Zollverein hatte den Bergleuten zugesagt, die erste Hälfte der Sonderabgabe in diesem Monat auszusahlen, wenn heute früh die Arbeit wieder aufgenommen würde. Die Bergleuten sind aber nicht angefahren, weil die Verwaltung es nach wie vor ablehnt, den Lohn für die Streikstage zu zahlen.

Die monarchistische Revolution in Portugal.

RTB. Paris, 3. Febr. Nach einem Telegramm aus Lissabon vom 31. Januar haben die Monarchisten Salazar einvernommen. Vor Porto Veloso sind zwei republikanische Kreuzer erschienen, um die Stadt zu bombardieren, was im Interesse von Leben und Eigentum der britischen Staatsangehörigen, von den Kommandanten des englischen Kreuzes Diomed verhindert wurde.

RTB. Oporto, 3. Febr. Neuer. Da sich die Siege der Monarchisten bestärken, hat sich eine nationale Regierung gebildet mit Silva Concellos als Premierminister und Kriegsminister. Die Regierung beherrscht einen großen Teil Portugals und erwartet die Ankunft Manuels.

RTB. Lissabon, 3. Febr. Habas. Amtlich. Die Kämpfe an der Wodga werden fortgesetzt, wobei die Republikaner den Ueberhang beibehalten und die Nachhuten der Monarchisten zurückwarfen. Die starke Verluste erlitten und zahlreiche Fahnen flüchtigen hatten. Nach einer weiteren Depesche kamen an der unteren Wodga die Monarchisten die republikanischen Streitkräfte an, die ihre Stellung behaupteten. Im übrigen Portugal herrscht Ruhe.

Die Lage im Osten.

St. Petersburg, 3. Febr. Im Einvernehmen mit dem Oberkommando Nord in Königsberg wird zur Verstärkung des Garde-Infanterie-Regiments aus Puschke Jagdkorps in Berlin, Lichterfeld und Detelsburg 1. Klasse aufgestellt. Dringend ersucht ist die Beteiligung aller wehrfähigen Sibirier im Reich. Man beabsichtigt, besondere Studentenkompagnien aus freiwilligen sibirischen Universitäten und technischer Hochschulen zu bilden. Das Nordische Jagdkorps ist bestimmt, die Sowjettruppen bereits vor dem Einfall in das Gebiet abzusuchen. Jedem Mann wird daher außer der täglichen Grenzschutzabgabe von 6 Mark noch eine besondere Kampfabgabe von 4 Mark täglich bewilligt.

RTB. Allenstein, 3. Febr. Infolge der Arbeits-einstellung der Eisenbahnen in Ostpreußen sind die Bahnverbindungen zwischen der Regierung und den Vertretern des Reiches unterbrochen. Die Eisenbahnen verhindern, zum Allensteiner Zeitung, die Entladung und Abfertigung sämtlicher Güte.

Berlin, 3. Febr. Heute morgen haben die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern des Reiches unterbrochen. Die Eisenbahnen verhindern, zum Allensteiner Zeitung, die Entladung und Abfertigung sämtlicher Güte.

Polen sind durch fünf Bevollmächtigte vertreten, darunter Korsantje.

Deutschland.

D Berlin, 3. Febr. Die Volksbeauftragten sind heute vormittag nach Weimar abgereist.

D Hamburg, 1. Febr. Die für heute vorgesehene Ausfahrt der aus 16 Schiffen bestehenden ersten Flottille der deutschen Lebensmittelschiffe ist bis zur Stunde nicht erfolgt und es besteht auch noch keine Gewissheit, wann das geschehen wird. Trotzdem am vergangenen Mittwoch zwischen den Reedern und den seemannischen Berufsorganisationen eine Einigung über den Dienst und über die Dauer der Zustände gekommen war, hat sich der internationale Seemannsbund diesen Beschlüssen ihrer offiziellen Vertreter nicht gefügt und stellt neue, viel weiter gehende Forderungen für die Schiffseemannungen, die vom Zentralverband deutscher Reeder nicht zugesprochen wurden. Der Hamburger A.-S.-R. hat zugunsten des Seemannsbundes entschieden. In den Forderungen der Seelente geht u. a. die Einrichtung eines Schiffsrates, in dessen Händen die Disziplinargewalt an Bord liegen soll. Hierdurch entsteht die schwerwiegende Frage, ob der Seemannsbund dieses Recht an Bord anerkennt, oder ob er die Schiffe unter eigener Besatzung fahren lassen wird. — So ist das hungernde deutsche Volk in die Hände von Expreßknechten gegeben. Die Folgen der Forderungen der beschwerdlichen Seelente sind gar nicht abzusehen.

D Zur Westdeutschen Republik. Im Hause des Rathauses zu Köln tagte am 1. Februar 1919 unter dem Vorsitz des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer eine Versammlung von Abgeordneten der Deutschen und der Preussischen Nationalversammlung und von Oberbürgermeistern aus den besetzten rheinischen Gebieten. Oberbürgermeister Adenauer eröffnete die Sitzungen auf Errichtung einer westdeutschen Republik im Rahmen des Deutschen Reiches. Nach eingehenden Beratungen der Präzisionen und eines interfraktionellen Ausschusses wurde folgender Beschlus einstimmig angenommen: Wir unterzeichnen Vertreter des rheinischen Volkes im besetzten preussischen Gebiet erheben lauten und feierlichen Einspruch gegen die in der ausländischen Presse gütige treibenden Bestrebungen auf Auflösung des linken Rheinuferes oder einzelner Teile von Deutschland. Wir stützen uns auf das in der ganzen Welt anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker und verlangen, mit unseren Stammesgenossen im Deutschen Reich vereint zu bleiben. Da die Teilung Preussens ernstlich erwogen wird, übertragen wir dem von uns gewählten Ausschuss die weitere Verarbeitung der Pläne auf Errichtung einer Westdeutschen Republik im Verande des Deutschen Reiches und auf dem Boden der von der Deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung. — Der gewählte Ausschuss besteht aus dem Oberbürgermeister Adenauer als Vorsitzenden und aus den Abgeordneten Kaas (Trier), Hoff (Ahrweiler), Schmittmann (Köln), Trimbom (Aachen), Meeres (Köln), Solmann (Köln), Hall (Köln), Weidmann (Aachen).

D Der künftige Reichspräsident? Die Deutsche Parlamentskorrespondenz berichtet: Die Wahl des künftigen Reichspräsidenten der Deutschen Republik beschäftigt bereits die politischen Kreise. In Vorbesprechungen über diese Frage ist die Kandidatur des Oberbürgermeisters der Stadt Berlin, Wirklichen Geheimen Rats Dr. Weimann, in den Vordergrund gestellt worden. Es wird für die Kandidatur geltend gemacht, daß Dr. Weimann von seiner langen Tätigkeit in der Reichsverwaltung her mit allen Reichsgeschäften vertraut ist, die wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Fragen genau kennt und wiederholt in wichtigsten Missionen als Reichskommissar für verschiedene Weltausstellungen und als Kommissar bei Handelsverhandlungen das Deutsche Reich im Auslande vertreten hat.

Der Geiger vom Birkenhof.

Ein Heideroman von Fritz Gahner

Kochend verboten

Ehe es dem Knaben möglich war sein Wort zu entgegen, sah er sich schon allein. Er wollte im ersten Moment dem Vater nachsehen; denn er fürchtete sich, zurückzubleiben. Er beabsichtigte zu rufen: „Warte, warte! Komm mit!“ Aber seine Kehle war trocken, versagte den Dienst. Im halben Laufen fuhr er seine Füße ein paar Schritte zur Seite. Und dort blieb er dann wie gebannt stehen und sah in der Richtung auf den Birkenhof zu wartend über die Heide.

Eine wunderliche halbe Stunde verrann für Heinz Varjen. Sie prägte sich ihm mit allen ihren Einzelheiten so fest ein, daß er sich ihrer noch nach Jahrzehnten lebendig zu erinnern vermochte. Die Heide ringsum schien zu eigenem Leben zu erwachen. Es kroch von überall wie ein merkwürdiges Erzählen zu ihm heran. In der trüben, bewegungslosen Luft des Spätmittags dachten ihm unzählige Geheimnisse zu umlauern, deren er keine zu ergäuben verstand. Er glaubte in der Ferne die bewegungslosen, schornsteinartigen Gestalt Klaus Flens zu sehen, wie sie tiefengroß emporsprang und schließlich in das blaßblaue mit lichten Streifen geschnitzte Firmament hinaufschwamm. An der Rücken und an Herrn Steben und an den Geigenack dachte er: alles Mögliche zogen seine Gedanken in ihren Kreis. Aber an das, was der Bacholderbach neben ihm in seinem Schatten barg, bemühte er sich nicht zu denken. Ungewiss, wie er es sogar, seine Augen darauf zu richten. Immer nur geradewegs in die Ferne starrte er. Und als er den Vater endlich erblickte, wie er, den Forstkarren ziehend, sich langsam näherte, die Mutter zur Seite, schrie er auf und eilte ihnen weinend entgegen.

Thom Varjen und seine Frau nahmen ihn des außerordentlichen, sie völlig überraschenden Falles ohne Überlegen mit erbarmendem Herzen an, als müßte es so sein, und als hätte sie schon jemand tags zuvor darauf vor-

D Hamburg, 30. Jan. In der Volksversammlung des Arbeiterkreises wurde die Mitteilung gemacht, daß die Errichtung des jüdischen Heeres infolge der hohen Kosten usw. in den nächsten acht bis zehn Wochen ungefähr 12 Millionen Mark gekostet habe.

D Oberstein-Idar, 27. Jan. Die Wahlen zur verfassunggebenden oberhessischen Landesversammlung finden am Sonntag, den 23. Februar statt; an den Wahlen wird sich auch die Provinz Dillenburg beteiligen. Die Wahlprüfung von Dillenburg wird bestimmt erfolgen. Die Wahlprüfung dürfte sich, wie man der Obr. Ztg. schreibt, für einen Anschluß an die Pfalz entscheiden. Der jetzige Landtag ist entsprochen den nach der Umwälzung festgestellten und allgemein anerkannten Richtlinien auf Donnerstag, den 23. Januar einberufen worden.

D Vorprüfungen für Juristen. Vom Justizministerium sind Bestimmungen erlassen worden, daß die Angehörigen der schulpflichtigen Grenzschutztruppen unter gewissen Voraussetzungen zu Vorprüfungen zugelassen werden.

Gegen die Anarchie in Bremen. Nach einer Besprechung mit den Vertretern des Hamburger A.-S.-R. sagte der Berliner Regierung allgemein nachstehenden Beschlus: Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es ist im Laufe des Sonntags eine neue Bremer Regierung zu bilden, auf Grund des Einmündungsbeschlusses bei der Nationalwahl. Die Ablieferung der Waffen hat sofort an die zuständige Regierung zu erfolgen, die sie der Division Gröbenberg ausliefern. Werden diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, dann wird die Division Gröbenberg Bremen nicht besetzen. Dieser Beschlus wurde sofort nach Bremen und an die Division Gröbenberg in Werden a. d. Aller telephoniert.

D Ein Sozialisierungsversuch. Der Inhaber der Firma Petersdorff, die in Königsberg, Posen und Breslau große Konfektionsfabriken unterhält, hat das Breslauer Unternehmen seinem Personal überlassen unter der Bedingung, daß ihm vom 1. Februar ab das Einlagekapital mit 6 Prozent verzinst wird. Alle etwaigen Verluste werden von dem Geschäftsführer getragen. 10 Prozent des Reingewinnes fließen einem Fonds zu, der dazu bestimmt ist, eine kleine Gartenstadt mit Einfamilienhäusern für die Angestellten zu errichten. Der jährliche Geschäftsgewinn der Firma, bisher etwa 300 000 Mark, wird in drei Teile geteilt. Ein Drittel bleibt erhalten, die Herren der Geschäftsleitung, etwa 12—15 Herren und über die Art der Verteilung dieses ersten Drittels hat sich Rudolf Petersdorff die Entscheidung selbst vorbehalten. Das zweite Drittel kommt dem gesamten kaufmännischen Personal zugute und über seine Verteilung entscheidet ein besonderer Angestelltenausschuss. Das letzte Drittel ist für das technische Personal reserviert, hierüber entscheidet ein Arbeiterausschuss. Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse werden durch vierzehntägige Geschäftsberichte über den Geschäftsgang des Unternehmens auf dem Laufenden erhalten werden.

D Eine Warnung vor dem Studium der Medizin. Erklärt der Reichsjäger Verband der Ärzte Deutschlands, in der er darauf hinweist, daß schon vor dem Krieg eine Überfüllung mit Ärzten bestanden hat. Dem Abgang von 100 000 Ärzten während des Krieges stehen 6500 Rot- und Kriegswunden gegenüber. Hinzu kommen noch die zahlreichen aktiven Militär- und Marineärzte, die ihren Abschied genommen haben, und die zahlreichen deutschen Ärzte, die bisher im Auslande oder als Schiffsärzte Verwendung fanden, und schließlich die Ärzte aus den gefährdeten Landesteilen in Ost und West. Hinzu kommt, daß durch die Erhöhung der Versicherungsgrenze bei den Krankenkassen der geringe Rest der Privatpraxis noch mehr eingeengt wird. Im Gegensatz hierzu sei darauf hingewiesen, daß nach Aussagen von Prof. Wallhoff in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ die Verhältnisse bei den Zahnärzten überaus günstig seien, obwohl noch gut einige tausend Zahnärzte in Deutschland ihr Fortkommen finden könnten.

D Ausweisung eines Brigadeführers. In einer Soldatenversammlung der Lübecker Garnison wurde Stellung zu dem Gelas des Kriegsministers über die Umwidmung des Heeres genommen. In einer Resolution

berichtet. Und es ging alles mit solcher Umficht und Stille vor sich, daß man hätte meinen müssen, es gehöre zu den täglichen Verrichtungen des Heidebauern und seines Weibes, wegwandernd Rot zu helfen.

Das flimmernde Licht des Mittags war längst dahin. Die Wurzeln des Birkenhofes warfen ihre Schatten in gigantischen Formen nach Osten über die wie im hellen Brande glühende Heide. Eine kurze Welle währte dieses überwältigende Schauspiel, das in seiner hohen Schönheit das Auge betäubte und den Sinn gefangen nahm. Und dann mähete sich mählich und fast aber doch mit gewissem Hervorbrechen ihres Herrscherrechts dunkle Farben in das helle Leuchten, vermischten es und löschten es am Ende ganz hinweg. Der Tag in der Heide war geendet.

Und während er sein letztes Atmen still verhauchte, verrann auch in dem niederen Gemache des Heidebauers ein Leben, von dem man nichts wußte, als seinen stillen Auszug das hinwegging und erlosch, ohne vorher noch einen von seinem Beginn und Fortgang etwas erzählt zu haben. Die verhärmte, erdarmlich heruntergekommene blonde Frau, die der Fremde nahm das Geheimnis ihres Lebens mit sich in die enge, dunkle Kammer, die ohne Tür ist.

So hatte der Birkenhof eine Tote, ehe man es gedacht. Und die Bäuerin war zum anderen Male Mutter geworden ohne Wehen und Rot.

Dieser unerwartete Auszug der Dinge macht: nunmehr doch, daß Thom Varjen und seinem Weibe Susanne etwas wunderlich Bedrückendes und Bedrückendes über das Herz kroch. In ratlosem Stummsein saßen sie in der dümmigen Stube auf der Ofenbank und suchten mit scheuen Augen die Tote im Vert des Altars, in das sie die Tote am Mittag bedenklos gelegt. Das Kind, ein vielleicht drei Jahre altes Mädchen, schlummerte im Schoß der Bäuerin und hatte, nachdem es satt gemacht worden war, nun ein zufriedenes Lächeln auf seinem blaßen, schmalen Gesicht. Es konnte nichts von dem wunderlichen Verwirren des Lebens, die in diesem Falle ihren letzten verrinnenden Wellenschlag in das schlichte Bauern-

wurde ein Protest gegen die Wiedereinstellung von Offizieren, Genesung, Auszahlung der Rente aus dem Heere usw. zum Ausdruck gebracht. Der Kommandeur der 81. Infanterie-Brigade, Oberst von Werther, war nach Lübeck gekommen, um wegen der Durchführung des Gelases des Kriegsministers mit dem Soldatenrat zu beraten. Der Soldatenrat hatte ihm bereits kurz mitgeteilt, daß der Kriegsminister Gelas vom 9. Armeekorps nicht anerkannt werde. Nun beschloß die Versammlung einstimmig, Oberst von Werther aufzufordern, Lübeck binnen vierundzwanzig Stunden zu verlassen, da sein Aufenthalt in der Stadt auf die Truppen reaktionär wirkte. Die gesamte Garnison zog später geschlossen vor das Hotel des Obersten und überreichte ihm dort den Befehl, der ihn aus Lübeck auswies. Oberst v. Werther leistete dem Befehl Folge.

D Arbeiterlöhne gegen Beamtengehälter. Aus dem Industriegebiet wird der Köln Ztg. geschrieben: Wie groß der Unterschied in der Entlohnung der Arbeiter und Beamten jetzt ist, mögen einige Beispiele beweisen. Ein 17-jähriger Arbeiter, Wächter in einem Elektrizitätswerk, erhält einen Monatslohn von 374,40 Mark ohne und von 432 Mark mit Sonntagsarbeit. Tagelohn ein staatlicher Polizeikommissar, 45 Jahre alt, verheiratet, Offizier und 26 Jahre im Dienst, erhält ein Monatsgehalt von 377,50 Mark (einschließlich Wohnungsgeld) und einen Teuerungszulag von 82 Mark - 459,50 Mark. Der Schmiel im hiesigen städtischen Fahrpark verdient täglich 22 Mark - 572 Mark ohne und 680 Mark mit Sonntagsarbeit. Der hiesige vorgelegte Direktor hat einschließlich Zulagen etwa drei Viertel dieses Einkommens seines Schmiels. Dabei müssen die beiden genannten Beamten nicht nur dauernd Sonntagsdienst leisten, sondern auch sonst zu jeder Zeit erreichbar sein und die ungeheure Verantwortung tragen. Diese beiden Beispiele liegen sich hundertfach vermehren. Wo bleibt da die so viel gepriesene ausgleichende soziale Gerechtigkeit im neuen Deutschland?

Bayern.

Eisner im Hofzuge. Wie dem Münchener Kurier berichtet wird, fuhr Ministerpräsident Eisner am Donnerstag nach Berlin. Er hatte einen prunkhaften Salonwagen zur Verfügung. Das begleitende Personal der Bahn verließ den Dienst in weißen Handschuhen. Es fand auch eine verstärkte Zugkontrolle statt. Jeder Mitreisende mußte sich durch Paß mehrmals ausweisen. Das Blatt bringt die Nachricht unter der Überschrift: „Wenn Könige reisen“.

Amerika.

Einwanderungsverbot? Dem Allgemeinen Handelsblatt zufolge mildert die Times aus Washington, die Haltung der Einwanderungskommission des Repräsentantenhauses, die ein amerikanisches Einwanderungsverbot für die Dauer von vier Jahren befürwortet, hat viel Staub aufgewirbelt. Man wird versuchen, dem Gesetzentwurf beizukommen. Die organisierten Arbeiter unterstützen den Entwurf kräftig, aber das Staatsdepartement soll dagegen sein. Die Aussicht für eine erste Annahme des Entwurfs ist im allgemeinen nicht günstig.

Bestrafung des Bolschewismus in Amerika. Drahtlos wird gemeldet, daß durch Annahme einer Gesetzesvorlage im amerikanischen Senat für bolschewistische Verbrecher dieselbe Strafe wie für Landesverrat und Verratschuldung gegen die Republik eingeführt werden soll.

Die Tschecho-Slowaken.

NB. Budapest, 31. Jan. Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbüro erzählt, daß die tschecho-slowakische Regierung aus Paris die Weisung erhalten hat, die Truppen hinter die von dem Verband festgelegte Linie zurückzuführen. Die Linie zieht sich von Preßburg die Donau entlang bis zur Zvolmündung, von hier am Jpsly entlang bis Hmazyomby, von wo sie in gerader Linie bis zur Ungarung verläuft, um die Ung entlang bei Wjo die Landesgrenze zu erreichen.

hau auf der Heide getragen, um hier, im Abkühlen und Zerkleinern noch, neue Verwirrenheiten anzuspinnen.

Weil nach vorn übergelegt, sah Thom Varjen, hatte die Hand aneinandergelegten Hände zwischen die Knie gepreßt und lauschte auf das leise Kreischen des Schieferstoffs, mit dem Heinz, am Fenster hockend, im letzten Licht des Tages seine Buchstaben auf die Tafel brachte. Sie mußten sich heute die vollendetste Mächtigkeit gefallen lassen. Denn: eine Tote im Haus, ein kleines Mädchen auf dem Schoße der Mutter und die Eltern ratlos, still, beinahe wie im Augen, das waren Begebenheiten, die alles andere in den Schatten drängten.

Die Bäuerin war schon beim mählichen Sichzurechtfinden. Und immer, wenn ihre Augen das Kind in ihrem Schoß fanden, kam ein Stück neuen, festeren Entscheidens und gewissermaßen Ueberlebens hinzu. Dieses kleine, wildfremde Ding war ungewisshast ein hübsches Kind. Wenn er erst ein jüngerer Kitzelchen tragen — von den Mädchen des Jungen ligen ja noch einige in der Truhe — runder Wangen und runder Händchen haben und ein freundliches Lächeln aus seinen Augen scheinen werde, dann konnte man stolz sein, es sein nennen zu dürfen. Zudem: inner mußte sich doch das elende, mütterverlassene Würmchen annehmen. Denn: wer würde kommen und es zurechtfordern? Niemand wohl.

Sollte man es der öffentlichen Fürsorge übergeben? Ach, die sahnte sich kaum nach Zuwachs, denn sie war schon überlastet. Und gingen Susanne Varjen nicht heimliche Wünsche, wenn auch auf ganz andere Weise als jetzt, in Erfüllung, wenn sie dies Kind behielt? Lange Zeit hatte sie das geheime Sehnen in sich geborgen, zum anderen Male Mutter zu werden, einer Tochter das Leben zu geben. Aber es war mit jedem neuen Jahre ein Stück leichter geworden, dies Sehnen; denn es blieb ständig ungefüllt. Zuletzt hatte es sich nur noch in arge Rillen, einzelnen Stunden hinzugelegt und war stets mit traurigen Augen und geknicktem Kopf gegangen. Bis es die Aufloschtheit seines Kommens erkannt und ferngeblieben war. (Fortsetzung folgt.)

Polstermöbelman., Kleiderböden. zu laufen gesucht. Angeseh.
Büro- und Möbelabrik Gust. L. Eber. B. 100 an die Gesch.